



direkt 2

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

UMFRAGE

Wie mobilisiert Ihr für Betriebsratswahl?

Seite 2

BERTHOLD HUBER

Eine Nullrunde kommt nicht infrage

Seite 3

STICHWORT

Was sind Remanenzkosten?

Seite 4

BETRIEBSCHECK

Wissensschätze im Betrieb heben

Seite 5

IM GESPRÄCH

Junge bei Kündigung besser geschützt

Seite 5

MITGLIEDER

IG Metall bleibt auch in der Krise stabil

Seite 6

GUT GEMACHT!

Betriebsrat lohnt auch für Ingenieure

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Urlaub gibt's nur unwiderruflich

Seite 7

ZU GUTER LETZT

E-Mail für die Jugend

Seite 8

Tarifverhandlungen

Jetzt wird es ernst

Am 9. Februar hat der IG Metall-Vorstand grünes Licht gegeben: Die Bezirke Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sollen jetzt mit den Metall-Arbeitgebern in konkrete Verhandlungen treten. Hauptziel ist dabei, Arbeitsplätze zu sichern. Aber es geht auch um mehr Geld. | **Mehr auf Seite 3 »**

In der Krise alle Mittel genutzt

Wie die IG Metall Beschäftigung in zahlreichen Betrieben sichert:



70 Prozent

der Betriebe, die von der IG Metall betreut werden, haben 2009 Beschäftigung durch Kurzarbeit gesichert.



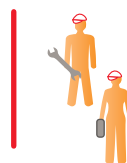
800 000 Beschäftigte

haben (tariflich oder betrieblich vereinbarte) Aufstockungen zum Kurzarbeitergeld erhalten.



555 000 Beschäftigte

sind zurzeit durch Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt.



150 Betriebsratsgremien

haben Unterstützung in akuten Krisenfällen durch die IG Metall-Task Force erhalten. 50 000 Arbeitsplätze konnten dadurch gesichert werden.



20 Unternehmen

beteiligen sich zurzeit am Pilotprojekt zur Innovationsförderung.

Quelle: IG Metall

© direkt 2 | 2010

Extranet

→ **Elena:** Regierung muss bei Datenkrake nachbessern

→ **Aktion:** Razzia bei Dresdner Nazi-Gegnern

→ **Arbeitshilfe:** Damit Arbeit nicht krank macht

Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst: www.extranet.igmetall.de

So mobilisieren wir für die Betriebsratswahl 2010

Metaller erzählen, wie sie in den Betrieben für die Betriebsratswahl werben. Ausführlicher im Extranet:

► www.extranet.igmetall.de

→ Praxis → Wahlen → Betriebsrats-Wahl

Detlef Krebs, Betriebsrat, Henningsdorfer Elektrostahlwerk:

»Wir drucken Plakate, Flyer und eine Wahlzeitung. Dort beantworten die Kandidaten Fragen: Warum ist die Wahl wichtig? Und welche Ziele hast Du? Das hat bei der letzten Wahl gut funktioniert: Die Kollegen haben diskutiert – und 78 Prozent haben gewählt. Das werden wir wohl bei dieser Wahl wegen Krise und Kurzarbeit noch toppen. Die Kollegen sehen, dass der Betriebsrat wichtig ist und vertrauen uns.«



Foto: f.m.z

Ullrich Zinnert, Betriebsrat, Daimler Rastatt:

»Wir erzeugen Aufmerksamkeit mit provokanten Plakaten: Etwa »Wir fordern Party für alle« – um darunter gleich klar zu machen: Quatsch! Uns geht es um Qualität in der Betriebsratsarbeit. Dazu haben wir Anforderungen an Engagement und soziale Kompetenz an Betriebsrat und Kandidaten definiert. Die Zeiten sind hart. Die Beschäftigten sollen wählen gehen – aber auch bewusst Qualität wählen.«



Foto: f.m.z

Jörg Schlagbauer, Vertrauenskörperleiter, Audi Ingolstadt:

»Wir haben zahlreiche eigene Plakate, Broschüren und spezielle Flyer für jeden Bereich entwickelt. Bei unserer Liste haben wir auf Ausgewogenheit geachtet: Frauen und Männer, Jung und Alt. Unsere Vertrauensleute werden durch Präsentationen regelmäßig informiert. Darüber hinaus gibt es Materialien zum organisatorischen Ablauf und eine Internetseite mit einem Portal zur Betriebsratswahl.«



Foto: Betriebsrat Audi AG

Carsten Bätzold, Betriebsrat, VW Baunatal:

»Da bei uns die CGM antritt, haben wir eine Listenwahl. Dennoch wollen wir, dass unsere Mitglieder über unsere IG Metall-Liste abstimmen. Wir werben mit dem Slogan »Von Euch aufgestellt« – für mehr Demokratie, mehr Beteiligung und mehr IG Metall-Stimmen. Bei der Wahl 2006 kam das gut an. Eine selbst aufgestellte Liste ist den Kollegen einfach wichtig.«



Foto: f.m.z

Menschenwürdiges Leben mit Hartz IV nicht möglich

Die Regelsätze für Langzeitarbeitslose und ihre Kinder entsprechen nicht der Verfassung. So lautet die Entscheidung der Karlsruher Richter. Die IG Metall fordert die Bundesregierung nun auf, das Urteil für einen politischen Neustart zu nutzen.

Die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger entsprechen nicht der Verfassung. Ein menschenwürdiges Leben ist unter diesen Umständen nicht möglich. Mit seiner Entscheidung zur Höhe der Hartz-IV-Regelsätze beendete das Bundesverfassungsgericht einen jahrelangen Streit. Das Urteil hatten die Kläger mithilfe des DGB-Rechtsschutzes erstritten.

Recht behalten. Gewerkschaften wie die IG Metall und Sozialverbände kritisieren seit langem, dass Hartz IV zum Leben zu knapp bemessen ist. Die Politik hielt dagegen an ihren Regelsätzen fest. Nun muss sie ihr Hartz-IV-Paket aufschneiden. Das Bundesverfassungsgericht hat ihr bis Ende des Jahres Zeit gegeben, die Regelsätze neu zu bemessen. Dabei muss der Gesetzgeber nicht nur das Sozialgeld für Kinder, sondern auch die Leistungen für erwachsene Hilfeempfänger prüfen.

Die bisherigen Sätze gelten bis dahin weiter. Für die Betroffenen heißt das, dass sie rückwirkend keine Nachzah-

lungen erhalten werden. In anhängigen Verfahren können sie aber ab sofort einen höheren Bedarf geltend machen.

Die IG Metall begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Sie fordert, die Sätze auf 440 Euro monatlich anzuheben. Die Höhe der Sozialleistungen wirke sich unmittelbar auf den Arbeitsmarkt aus. Denn niedrige Hartz-IV-Sätze drücken die Löhne und lassen den Niedriglohnsektor weiter anwachsen.

Die IG Metall forderte die Bundesregierung auf, die Entscheidung der Verfassungsrichter für einen politischen Neustart zu nutzen und den ständig wachsenden Niedriglohnsektor einzuschränken. Zu einem Neustart gehört ein Umdenken bei den Zumutbarkeitsregelungen. Auch nach langer Arbeitslosigkeit müssen Menschen ein Recht auf tarifliche oder ortsübliche Löhne haben. ■

Ausführliche Infos zum Urteil:

► www.extranet.igmetall.de

→ Politik

→ Arbeitswelt

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall; **Herausgeber:** Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler; IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)

Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; **Bildredaktion:** Michael Schinck

Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-66 93-22 24,

Fax: 069-66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de

Druck: apm AG, Darmstadt; **Anzeigen:** Petra Wedel, Tel.: 06151-8127-0,

Fax: 06151-89 30 98, info@zweiplus.de

direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt

Telefon der Redaktion: 0800-446 38 25, Fax: 069-66 93-20 02

E-Mail: direkt@igmetall.de

Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

IG Metall dringt auf schnelle Vereinbarungen über Jobpaket

In den Sondierungsgesprächen über ein »Jobpaket« für die Metall- und Elektroindustrie wurde aus Sicht der IG Metall ein Stand erreicht, der es ermöglicht, jetzt konkret zu verhandeln. Dazu ein Interview mit Berthold Huber.

direkt: Seit Dezember hat die IG Metall mit den regionalen Arbeitgeberverbänden Sondierungsgespräche geführt. Obwohl die Entgelt-Tarifverträge erst Ende April auslaufen. Warum so früh?

Berthold Huber: »Weil die Krise noch lange nicht vorbei ist und wir jetzt dringend Instrumente schaffen müssen, um die Beschäftigung zu sichern. Wir gehen davon aus, dass es noch mindestens zwei Jahre dauert, bis wir die Verluste aufgeholt haben. Wenn wir jetzt nichts dagegen unternehmen, drohen bis 2012 bis zu 700 000 Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie verloren zu gehen.«

direkt: Und die Chancen stehen gut, dass es bald Lösungen gibt?

Huber: »Die Sondierungsgespräche haben gezeigt, dass wir substanziell vorankommen. Darum hat der Vorstand ja beschlossen, dass jetzt offiziell verhandelt wird, und zwar in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg.«

direkt: Das heißt, es gibt jetzt vorgezogene Tarifverhandlungen.

Huber: »Ja. Und es muss sich jetzt sehr schnell zeigen, ob wir einen Abschluss hinbekommen.«

direkt: Warum in NRW und in Baden-Württemberg?

Huber: »Weil wir in diesen beiden Tarifgebieten Gesprächsstände erreicht haben, die uns aussichtsreich genug erscheinen, um bundesweite Vereinbarungen für eine wirksame Beschäftigungssicherung zu erzielen.«



Foto: Berthold Steinhilber

» Wir wollen die Reallöhne sichern. Eine Nullrunde kommt nicht infrage. Ob es eine Einmalzahlung oder prozentuale Erhöhung gibt, ist offen.«

direkt: Was sind denn bei den Verhandlungen die Kernpunkte für die IG Metall?

Huber: »Vor allem diese: Wir wollen Beschäftigung sichern, auch wenn die Kurzarbeit ausgeschöpft ist. Darum wollen wir die gesetzliche um eine tarifliche Kurzarbeit ergänzen. Wir wollen sicherstellen, dass junge Leute, die ihre Ausbildung erfolgreich beendet haben, nicht in der Arbeitslosigkeit landen. Und: die Real-löhne sichern.«

direkt: Das heißt: Beim Entgelt gibt es keine Nullrunde?

Huber: »Genau. Eine Nullrunde kommt nicht in Frage. Das Entgelt wird mitverhandelt. Ob dabei am Ende eine Einmalzahlung oder eine prozentuale Erhöhung herauskommt – das ist alles offen.«

direkt: Es gibt ja auch Forderungen an die Politik. Spielt die schwarzgelbe Koalition mit?

Huber: »Bei einem Punkt ja. Seit Januar kann Kurzarbeitergeld bis zu 18 Monate beantragt werden. Aber die Arbeitsagenturen erstatten den Unternehmen nur noch bis Ende 2010 die kompletten Sozialversicherungsbeiträge vom siebten Monat an. Wir fordern, diese Sonderregelung auch auf 18 Monate zu verlängern. Dazu gibt es positive Signale aus Berlin.

Bei der tariflichen Kurzarbeit wollen wir einen Teillohn-ausgleich erreichen. Den soll der Gesetzgeber für eine begrenzte Zeit von Sozialabgaben befreien. Dieser Punkt ist noch nicht entschieden.« ■



Informationen und Plakate

- Aktuelle Infos zum Stand der Verhandlungen gibt es im Extranet und auf den Internetseiten der Bezirke.
- Außerdem: Plakate und ein Postkartenmotiv zum »Jobpaket«. Alles unter:
 - www.extranet.igmetall.de
 - Tarif → Beschäftigung sichern

MATERIAL

Unwort zum Aufkleben

Der DGB-Infoservice »Einblick« hat jetzt einen Aufkleber herausgebracht, der für 40 Cent pro Stück im Zehnerpack bestellt werden kann:

► www.br-verseucht.de



Logo: Graewis Verlag

Unwort des Jahres

»Betriebsratsverseucht«

Bereits direkt nach der Unwort-Wahl im Januar haben IG Metall-Betriebsräte eine Erklärung verfasst: Danke Unwort-Jury. Jetzt erst recht Betriebsräte wählen. ■

TARIFABSCHLUSS

Mehr Geld für Schlosser

Rund 50 000 Schlosser arbeiten in nordrhein-westfälischen Handwerksbetrieben. Sie erhalten rückwirkend ab Januar 1,9 Prozent mehr Lohn. Ab Oktober steigen die Einkommen bis Oktober 2011 um weitere 2,2 Prozent. Azubis bekommen jeweils 15 Euro mehr. Für Dezember 2009 erhalten alle Beschäftigten einmalig 60 Euro. ■

KATASTROPHENHILFE

Spenden für Haiti

DGB und Gewerkschaften sammeln Spenden für Erdbebenopfer in Haiti. Damit unterstützen sie den Wiederaufbau eines Zentrums für Frauen in Port-au-Prince. ■ Spendenkonto:

► **Gewerkschaften helfen, SEB Düsseldorf**, Kontonummer: 1756 906 400, BLZ: 300 100111 Stichwort »Erdbeben«

WAS SIND EIGENTLICH ...

... Remanenzkosten?

Der Begriff Remanenzkosten schwirrt überall dort durch die Kalkulationen, wo kurzgearbeitet wird. Dahinter verbirgt sich Folgendes: Die Lohnkosten für Beschäftigte in Kurzarbeit sinken nicht proportional zu den wegfallenden Arbeitsstunden. Es fallen die sogenannten »remanenten« Kosten an, die dem Arbeitgeber bleiben. Sie können von drei Kostenfaktoren beeinflusst werden:

1. tarifliche Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, die der Arbeitgeber zahlt, 2. Sozialversicherungsbeiträge, die der Arbeitgeber in den ersten sechs Monaten zu 50 Prozent trägt, 3. weitere Entgeltbestandteile, die in voller Höhe erhalten bleiben, zum Beispiel Weihnachts- und Urlaubsgeld. Remanenzkosten kann ein Unternehmen konkret berechnen: Angenommen, ein Mitarbeiter »kostet« normalerweise 28,61 Euro pro Stunde. Dabei werden alle Lohnbestandteile innerhalb eines Jahres zugrunde gelegt. Geht er in Kurzarbeit, so verbleiben dem Arbeitgeber von diesem Betrag 35 Prozent Remanenzkosten,

also gut 10 Euro pro entfallener Stunde. Nach einem halben Jahr Kurzarbeit sinken sie auf 24 Prozent, da die Sozialversicherungsbeiträge dann zu 100 Prozent von der Agentur für Arbeit kommen.

Mehr Infos

Ausführlich

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung beschreibt das Thema ausführlich in einem IAB-Kurzbericht:

► www.iab.de

→ Publikationen

→ IAB-Kurzbericht

→ 2009

→ Kurzarbeit:
Betriebe zahlen mit – und haben was davon
17/2009

Ist Kurzarbeit zu teuer?

Die Remanenzkosten allein rechtfertigen aber nicht zu sagen »Kurzarbeit ist uns zu teuer«. Denn der Unternehmer muss ihnen die Kosten gegenüberstellen, die durch Entlassungen mit Abfindungen entstehen würden. Und die hätte, wenn er nach einer Entlassungswelle wieder neue Mitarbeiter mühsam suchen und anlernen müsste (sogenannte Opportunitätskosten).

Für die IG Metall bleibt die Kurzarbeit daher das beste Instrument in der Krise. Die Lösung für Betriebe, die Kurzarbeit ausgeschöpft haben, sieht die IG Metall in neuen Tarifverträgen zur Beschäftigungssicherung.

Bei ihrer Anwendung entstehen keine Remanenzkosten, weil alle Entgeltbestandteile proportional zur Arbeitszeit sinken. ■

✂ | direkt 2 | 2010

FINANZKRISE

Mit Steuer spekulative Geschäfte eindämmen

Die IG Metall spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer aus. Das ist eine Steuer auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Wertpapieren und Derivaten. Eine solche Steuer würde die Banken an den Kosten der Krise beteiligen. Außerdem würde sie kurzfristige spekulative Fi-

Material

Ausführliches zur Finanztransaktionssteuer in den »Wirtschaftspolitischen Informationen« 1/2010:

► www.extranet.igmetall.de

→ Politik

nanzmarktgeschäfte verteuern, sie dadurch unattraktiver machen und so das Risiko einer neuen Krise verringern helfen.

Schon bei einem geringen Steuersatz von nur 0,05 Prozent hätte die Steuer dem Staat allein 2009 rund 27 Milliarden Euro Zusatzeinnahmen beschert. ■

Mit »InnoKenn« erkennen, wie innovativ der Betrieb ist

Zurzeit zerbrechen sich viele Betriebsräte noch mehr als sonst den Kopf darüber: Wie kommt unser Betrieb sicher durch die Krise. Welche Zukunftsaussichten hat er? Ein neues Werkzeug soll helfen, die Schwachstellen zu analysieren.

Innovation ist der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und sicherer Arbeit in der Zukunft. Viele Studien belegen das. Ein Team der Technologieberatungsstelle des DGB Hessen hat ein Werkzeug entwickelt: »InnoKenn«. Mit dessen Hilfe können Betriebsräte und Vertrauensleute durchleuchten, wie innovativ ihre Betriebe sind. Die InnoKenn-Checkliste enthält 48 Merkmale. Drei Beispiele: Unser Betrieb hat eine Innovationsstrategie. Die Anforderungen der Kunden werden systematisch ermittelt. Der Betrieb setzt realisierbare Ideen der Beschäftigten um. Auf einer Skala von 1 (»Trifft immer zu«) bis 5 (»Trifft nie zu«) können diese Punkte bewertet werden.

Alle sind gefragt. Der Fragebogen basiert auf Erkenntnissen der Innovationsforschung, Experten-Interviews, Fallstudien und Branchen-Workshops.

Beteiligen können sich einzelne Beschäftigte, Gruppen oder Abteilungen. Das Ausfüllen dauert etwa 20 Minuten.

Die (unterschiedlichen) Diagnosen und Einschätzungen sollen in einem Dialog münden, aus dem Verbesserungsvorschläge entstehen. Sie können Thema auf Betriebsversammlungen und der Startschuss für Lösungen sein, die mit der Geschäftsleitung oder konfliktorientiert durchgesetzt werden.

Die kostenlose CD-ROM mit Auswertungstool, Materialien und Mustern für Betriebsvereinbarungen kann im Ressort Arbeit und Innovation beim IG Metall-Vorstand bestellt werden. Der Ressortleiter ist Jochen Schroth (jochen.schroth@igmetall.de), Telefon: 069-6693-29 10. Das Team des Ressorts, in dem auch die »Task-Force Krisenintervention« angesiedelt ist, hilft bei konkreten Lösungen für Betriebe. Wer die Ansprechpartner sind und was das Ressort alles anbietet, darüber informiert das Faltblatt Arbeit+Innovation. ■

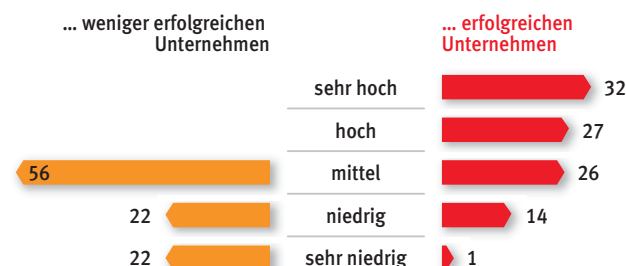
► www.extranet.igmetall.de

→ Praxis

→ Rat + Tat

Erfolgreicher mit Innovationen

In den vergangenen fünf Jahren war der Innovationsgrad bei soviel Prozent der ...



Quelle: Horvath und Partner, Innovationsstudie 2009, Befragung von 128 Managern

© direkt 2 | 2010



Foto: Andreas Pleines

Andrej Wroblewski ist Leiter des Ressorts Arbeitsrecht beim Vorstand der IG Metall. Er erklärt, warum deutsche Kündigungsfristen gegen Europarecht verstoßen.

»Durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs sind junge Menschen besser geschützt.«

Kündigungsschutz ist keine Frage des Alters

direkt: Der Europäische Gerichtshof hat die deutschen Kündigungsfristen beanstandet. Worum ging es dabei?

Andrej Wroblewski: »Die Richter haben geprüft, ob das deutsche Recht Menschen aufgrund ihres Alters diskriminiert. Und diese Frage in diesem konkreten Fall mit ja beantwortet. Dass Berufsjahre vor dem 25. Geburtstag bei Kündigungsfristen nicht berücksichtigt werden, verstößt gegen Europarecht. Mit dieser Entscheidung sind junge Menschen jetzt besser geschützt.«

direkt: Gelten die alten Kündigungsfristen jetzt noch?

Wroblewski: »Sie dürfen ab sofort nicht mehr angewandt werden. Betriebsräte sollten jetzt darauf achten, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs umgesetzt wird. Eine Rolle spielt die längere Kündigungsfrist auch bei Aufhebungsverträgen, die die längere Frist nicht beachten – hier kann sie sich auf den Bezug von Arbeitslosengeld auswirken.«

direkt: Haben auch Beschäftigte eine Chance, die schon vor längerer Zeit gekündigt wurden?

Wroblewski: »Das Urteil gilt für alle, über deren Kündigung noch ein Prozess anhängig ist. Auch bei abgeschlossenen Rechtsfällen können Beschäftigte noch nach sechs bis acht Monaten klagen, wenn keine tariflichen oder vertraglichen Ausschlussfristen greifen – aber nur gegen die Kündigungsfrist.«

direkt: Was gilt für Kündigungsfristen in Tarifverträgen?

Wroblewski: »Tarifverträge, die auf das Gesetz verweisen, dürfen in diesem Punkt ebenfalls nicht mehr angewandt werden. Im Zweifelsfall sollten Betriebsräte oder Betroffene bei ihrer Verwaltungsstelle nachfragen.«

direkt: Für die FDP stellt das Urteil den gesamten Kündigungsschutz infrage. Droht jetzt der Kahlschlag?

Wroblewski: »Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. FDP und Arbeitgebern ist momentan jeder Vorwand Recht, einen Abbau des Kündigungsschutzes wieder in die Diskussion zu bringen. Gerade in Krisenzeiten gibt es dafür keine Rechtfertigung. Das Europarecht verbietet eine Diskriminierung Jüngerer, aber nicht den Schutz Älterer, die besonders von Entlassungen und Arbeitslosigkeit bedroht sind.«

✦ SCHREIBGERÄTE Stabile Branche

Die deutsche Schreib- und Zeichengeräte-Industrie ist überschaubar: Zurzeit gibt es 36 Firmen mit rund 5 700 Beschäftigten. Weltweit werden Kugelschreiber und Füller im Wert von sechs Milliarden Euro verkauft. Anfang Februar trafen sich 21 Betriebsräte und Vertrauensleute in der Bildungsstätte Bad Orb, um sich über die Zukunft der Branche auszutauschen.

Grundlage: Eine Studie des IMU-Instituts Nürnberg im Auftrag des Ressorts Industriepolitik der IG Metall.

Die gute Nachricht: Die deutsche Industrie ist stabil. Die Zuwächse sind zwar gering, aber der deutsche Anteil an den Weltexporten beträgt rund 15 Prozent. China liegt vor Deutschland, ist Exportmeister und produziert jeden vierten Stift. Standortverlagerungen sind derzeit vom Tisch. Aufgrund der Produktionsprozesse spielen Lohnunterschiede keine Rolle mehr. Das bedeutet aber, die Branche braucht hochqualifizierte Beschäftigte. ■

Die IMU-Studie versendet:

► **Wolfgang.Bonneik**
@igmetall.de

IG Metall bleibt auch im Krisenjahr 2009 stabil

Die Krise hat die Wirtschaft im vergangenen Jahr schwer erschüttert. In den Branchen der IG Metall gingen rund 195 000 Arbeitsplätze verloren. Angesichts dieser Dramatik blieb die IG Metall stabil. Die Zahl der Mitglieder ging nur leicht zurück.

Mit einem Mitglieder-Minus von 1,6 Prozent hat sich die IG Metall im vergangenen Jahr relativ stabil gehalten. Ende 2009 zählte sie rund 37 500 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Zum Vergleich: In den Krisen-jahren 1993/94 ging die Zahl um 7,3 Prozent zurück. Zwar konnte die Gewerkschaft 2009 etwas weniger Menschen neu für sich gewinnen. Aber auch die Zahl der Streichungen und Austritte sank. Das heißt: Die Bindung der Mitglieder an ihre Gewerkschaft ist besser geworden.

Betriebsrat zieht. Wichtiges Ziel der IG Metall bleibt daher, bei der Mitgliederentwicklung in diesem Jahr wieder zuzulegen. Ein wichtige Rolle spielen hierbei die Betriebsräte. Über gute Arbeit im Betrieb erreicht die IG Metall die Menschen am

besten. Deshalb will sie auch die laufenden Betriebsratswahlen nutzen, um Beschäftigte für die IG Metall zu gewinnen. Das Projekt »Betriebe ohne Betriebsrat« zielt darauf, neue Betriebsräte zu gründen. Damit können die Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert und Mitglieder für die IG Metall gewonnen werden. ■

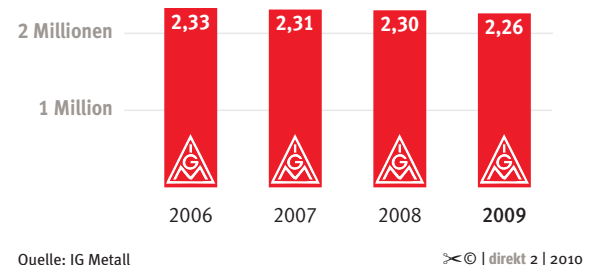
Material

✦ Gesprochenes Wort

Zu der Bilanz 2009 gibt es alle Reden hier:
► extranet.igmetall.de
→ IG Metall

IG Metall in der Krise stabil

Mitgliederzahl geht nur leicht zurück.



Gut gemacht!

Betriebsratsgründung bei Ingenieur-Dienstleister Rücker

Über den BMW-Betriebsrat entstand der Kontakt zur IG Metall. Der entscheidende Impuls kam von der Belegschaft.

Erfolg für Beschäftigte in München: erste Betriebsratswahl bei Rücker. Der Dienstleister vermittelt Ingenieure, diese arbeiten bei den Kunden vor Ort, Hauptkunde ist BMW.

Die Betriebsratswahl war Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit der Beschäftigten. Rücker ist ohne Tarifbindung, die Beschäftigten

mussten jahrelang Nullrunden hinnehmen. Im Frühjahr 2009 wurden weitere Entgeltbestandteile gestrichen, es drohten bis zu 15 Prozent Einbußen.

Da wurde es den Beschäftigten der Münchner Niederlassung endgültig zu dumm, sie wandten sich an den BMW-Betriebsrat. Dieser vermittelte den Kontakt zur IG Metall. Diese

✦ Extranet-Tipp

Bei der Tagung »Mitgliederentwicklung im indirekten Bereich« gab es viele Beispiele aus den Betrieben:

► extranet.igmetall.de
→ Praxis
→ Mitmachen
→ Angestellte, ITler, Techniker

betreute und organisierte die Wahl. Der Arbeitgeber leistete nur kurz Widerstand, suchte dann Gegenkandidaten. Die Listenwahl fand allerdings ohne »Arbeitgeber-Liste« statt.

Der im Januar 2010 erstmals gewählte Betriebsrat ist der einzige bei Rücker, die anderen sechs deutschen Niederlassungen haben (noch) keinen. ■

❖ FREISTELLUNG

Urlaub gibt's nur unwiderruflich

Kann ein Arbeitgeber die Freistellung eines Beschäftigten jederzeit widerrufen, so liegt darin keine Urlaubsgewährung. Dazu müsste er den Arbeitnehmer endgültig von der Arbeitspflicht befreien. Geht es allerdings darum, Guthaben auf Arbeitszeitkonten abzubauen, kann der Arbeitgeber eine widerrufliche Freistellung gewähren. Dies ist möglich, da sein Weisungsrecht nach § 106 Gewerbeordnung auch die Verteilung der Arbeitszeit umfasst. Allerdings muss er dabei auch auf berechnete Interessen des Arbeitnehmers, seine Freizeit planen zu können, Rücksicht nehmen. ■

BAG vom 19. Mai 2009 – 9 AZR 433/08

❖ TARIFZUSTÄNDIGKEIT

Abschluss eines weiteren Tarifvertrags möglich

Alle Gewerkschaften können einen Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BetrVG abschließen, wenn sie für die betriebsverfassungsrechtlichen Einheiten tarifzuständig sind, für die der Tarifvertrag gilt. Die Tarifzuständigkeit der abschließenden Gewerkschaft muss für alle Arbeitsverhältnisse im Geltungsbereich des Tarifvertrages nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BetrVG bestehen. Der Abschluss eines Tarifvertrags nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BetrVG kann auch dann Gegenstand eines Arbeitskampfes sein, wenn der Arbeitgeber bereits mit einer anderen Gewerkschaft einen entsprechenden Tarifvertrag abgeschlossen hat. Paragraf 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BetrVG ist verfassungsgemäß. ■

BAG vom 29. Juli 2009 – 7 ABR 27/08

Mehr Wissen

❖ Daten schützen

Angesichts zahlreicher Datenskandale bei deutschen Großunternehmen hat der Gesetzgeber reagiert und das Bundesdatenschutzgesetz überarbeitet. Dazu hat der Bund-Verlag einen Kompaktcommentar herausgebracht. Er wurde gegenüber dem Basiskommentar deutlich erweitert. Großen Wert haben die Autoren dem Thema Arbeitnehmerdatenschutz beigemessen.

Wolfgang Däubler, Thomas Klebe, Peter Wedde, Thilo Weichert: »**Bundesdatenschutzgesetz. Kompaktcommentar zum BDSG und anderen Gesetzen**«, 2009, Bund-Verlag, Frankfurt am Main, 69,90 Euro.

► www.bund-verlag.de

❖ ABFINDUNG

Steuern werden im Jahr der Auszahlung fällig

Ein Arbeitgeber kann eine Abfindung auch zu einem späteren Zeitpunkt auszahlen, wenn es etwa für den Arbeitnehmer steuerliche Vorteile bringt. Verschiebt ein Arbeitgeber die Auszahlung einer Abfindung beispielsweise von November auf Januar des nächsten Jahres, muss der Arbeitnehmer den Betrag auch erst im Folgejahr versteuern. Entscheidend ist das Jahr der Auszahlung, nicht das Jahr der Vereinbarung. ■

BFH vom 20. Januar 2010 – IX R 1/09

❖ INTERESSENAUSGLEICH

Freiwilliges Ausscheiden ändert nichts wesentlich

Scheiden Beschäftigte nach Abschluss eines Interessenausgleichs mit Namensliste freiwillig aus und können dadurch Kündigungen vermieden werden, ändert das die Sachlage nicht wesentlich im Sinne von § 1 Abs. 5 Satz 3 Kündigungsschutzgesetz. Das gilt besonders, wenn die Betriebsparteien bei Abschluss des Interessenausgleichs für diesen Fall eine Regelung vereinbart haben. ■

BAG vom 12. März 2009 – 2 AZR 418/07

❖ KOMMUNIKATION

Internet für Betriebsrat darf nichts extra kosten

Ein Betriebsrat hat Anspruch auf einen eigenen Internetanschluss. Das gilt, wenn der Betriebsrat über einen PC verfügt, es im Betrieb einen Internetanschluss gibt, durch den Zugang des Betriebsrats keine Extra-Kosten entstehen und auch sonst keine Interessen des Arbeitgebers entgegenstehen. ■

BAG vom 20. Januar 2010 – 7 ABR 79/08

❖ BEFRISTUNG

Schlichtung ist ein sachlicher Grund

Streiten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Wirksamkeit einer Befristung, kann ein gerichtlicher Vergleich die Befristung sachlich rechtfertigen. Vorausgesetzt, eine gerichtliche Mitwirkung liegt vor. Ein solcher Vergleich befreit den Arbeitgeber nicht davon, bei einer Befristung die Mitbestimmungsrechte zu wahren. Die weitere Befristung eines Arbeitsvertrags ist eine Einstellung im mitbestimmungsrechtlichen Sinn. ■

ArbG Berlin vom 15. Oktober 2008 – 56 Ca 14872/08

❖ SOZIALPLAN

Berechnungen können auf Durchschnitt beruhen

Sozialpläne können bestimmen, wie die Höhe der Abfindung berechnet wird. Eine Grundlage der Berechnung kann das aktuelle monatliche Einkommen sein. Es kann aber auch ein Durchschnittswert der letzten Jahre gebildet werden, wenn sich die individuelle Arbeitszeit eines Beschäftigten etwa aufgrund von Teilzeit im Verlauf seines Arbeitslebens geändert hat. ■

BAG vom 22. September 2009 – 1 AZR 316/08

❖ BETRIEBSÜBERGANG

Auch bei einer Insolvenz hat Erwerber Pflichten

Betriebsübergang und Betriebsstilllegung schließen sich gegenseitig aus. Übernimmt ein Erwerber einen Betrieb vor Ablauf der Kündigungsfristen, gehen die Pflichten aus den bestehenden Arbeitsverhältnissen auf ihn über. Das gilt auch bei einem Betriebsübergang in der Insolvenz. ■

BAG vom 22. Oktober 2009 – 8 AZR 766/08

❖ Tipp

■ Du@igmetall-jugend.de

Im Aktivenportal der IG Metall-Jugend können nun aktive Metaller ihre eigene IG Metall-Jugend-E-Mail-Adresse einrichten und verwalten. Die Voraussetzung: Ihr müsst im Extranet der IG Metall registriert sein. ■

Zur Registrierung im Extranet:

► www.extranet.igmetall.de

Zur IG Metall-Jugend-E-Mail im Jugend-Aktivenportal:

► www.apo.igmetall.de

→ Service

→ Webmailer

❖ Material

■ Gefahrsstoffe im Betrieb

Sie sind schwer zu entsorgen, belasten die Umwelt und können krank machen – Kühlschmierstoffe für die Metallbearbeitung. Eine aktuelle Fassung der Schmierstoffliste hilft dabei, umwelt- und arbeitsschutzgerecht mit den Mitteln umzugehen. ■

Stoffliste und Arbeitshilfe:

► www.extranet.igmetall.de

→ Praxis → Rat + Tat

→ Gesundheit

■ Studierende im Betrieb

Sie jobben während der Ferien, machen ein freiwilliges Praktikum oder arbeiten neben dem Studium – die Werksstudenten. Zu den gängigsten Formen gehören die Praktika. Aber auch die Zahl von dual Studierenden wächst. Die IG Metall-Broschüre »Studierende im Betrieb« informiert über den Rechtsstatus einzelner Gruppen und zeigt Beispiele, wie und wann Arbeitnehmervertreter auf die jungen Leute zugehen können, um sie für die IG Metall zu gewinnen. ■

PDF zum Herunterladen unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Politik

→ Bildung

→ Studium + Beruf

Leserbriefe

❖ direkt 1/2010, Im Gespräch,
»Elena – Eine unverhältnismäßige
Vorratsdatenspeicherung«:

»Die erfassten Daten müssen auf das zwingend notwendige Maß begrenzt werden. Jede Privatperson wird von vielen Stellen zum vorsichtigen Umgang mit seinen Daten ermahnt. Und hier soll für eine oft nur marginale Arbeitserleichterung für die Behörden eine Vorratsspeicherung hochsensibler Daten erfolgen.«

**Manfred Müller, Betriebsrat,
Hülsta Werke, Ahaus**

»Immer wenn der Staat mit dem Argument, nur das Beste für die Bürger zu wollen, auf Datensammltour geht, werde ich misstrauisch. Die Arbeitge-

ber erstellen einen monatlich zu meldenden Entgeltdaten-satz, ohne dass ein Arbeitnehmer davon Kenntnis bekommt und – wie beim Arbeitszeugnis – einen Einfluss darauf hat.«

**Udo Bergknecht, BR-Vorsitzen-
der, Weser-Wind, Bremerhaven**

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

»Wir vermissen im Gespräch den Hinweis, dass bis zum Beschluss der Verordnung über die zu erhebenden Daten die Übermittlung weitergeht – und zwar auf Basis des gültigen Gesetzes. Und dagegen können wir als Betriebsräte nichts unternehmen und uns als Bürger nicht wehren.«

Christoph Löffler und Marianne Engermann, Betriebsräte, Toyota Deutschland, Köln

